

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/26339 –**

Munitionsaltlasten in den Meeren bergen und umweltverträglich vernichten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, in Federführung und gemeinsam mit den betroffenen Landesregierungen der Küstenländer, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Vertretern von Umweltverbänden eine umfassende Strategie für die vollständige Bergung und umweltverträgliche Vernichtung von Munitionsaltlasten in der deutschen Nord- und Ostsee zu entwickeln, die auch die Erarbeitung eines langfristigen Finanzierungsplans aus Bundes- und Landesmitteln beinhalten soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26339 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Astrid Damerow
Berichterstatterin

Frank Schwabe
Berichterstatter

Karsten Hilse
Berichterstatter

Olaf In der Beek
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Steffi Lemke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Astrid Damerow, Frank Schwabe, Karsten Hulse, Olaf In der Beek, Ralph Lenkert und Steffi Lemke

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/26339** wurde in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verteidigungsausschuss sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, eine langfristige Strategie zwischen Bund und Ländern gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft und den Umweltverbänden zu entwickeln, um eine systematische Bergung und umweltgerechte Vernichtung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee umzusetzen. Die Antragsteller haben zur Umsetzung dieser Strategie einen umfassenden Maßnahmen-Katalog formuliert.

Im Rahmen dieser Strategie soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern,

- klare Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und weiteren beteiligten Institutionen zu erarbeiten, um eine effiziente Zusammenarbeit sowie einen schnellen Einstieg in die großflächige Bergung von Kampfmitteln zu ermöglichen;
- die Schaffung einer gemeinsam getragenen Institution unter Berücksichtigung der bestehenden Arbeitsstrukturen, welche die Räumung der Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee koordiniert und einen Arbeitskreis der Ressorts zur vollständigen Räumung der Nord- und Ostsee leitet, voranzutreiben;
- die Vernichtungskapazitäten der Gesellschaft zur Entsorgung von chemischen Kampfstoffen und Rüstungsaltlasten schnell und umfassend auszubauen und den zu erwartenden Munitionsbergungen aus Nord- und Ostsee anzupassen;
- die Zusammenlegung der verschiedenen Datenbanken und Meldestellen von Bund und Ländern für Munition in Nord- und Ostsee in einer gemeinsamen Stelle zu überprüfen und die Auswertung historischer Daten im Sinne einer Vervollständigung der Datenbank zu intensivieren;
- die Entwicklung moderner und umweltverträglicher Räumtechnologien voranzutreiben und die Anschaffung einer mobilen umweltverträglichen Vernichtungsanlage für Munition zu initiieren;
- bei unvermeidlichen Unterwassersprengungen strenge naturschutzfachliche Maßnahmen zu implementieren und mindestens die Nutzung von Vergrämungstechniken und Blasenschleiern zur Reduktion der UW-Schallwirkungen vorzuschreiben, sowie die Freisetzung von chemischen Substanzen in den Wasserkörper auf ein absolutes Mindestmaß zu beschränken;
- in Zusammenarbeit mit den deutschen Forschungseinrichtungen die Schaffung eines wissenschaftlichen Kompetenzzentrums unter Einbeziehung der bisher bestehenden Arbeitsstrukturen, innovativer Fachfirmen und Projekte voranzutreiben, in dem die Forschung zum Umgang mit Munitionsaltlasten in den Meeren gebündelt/koordiniert wird und dieses als Knowledge-Hub in der Wissenschaft formal zu etablieren und gezielt den Wissenstransfer zu unterstützen;
- in diesen Strukturen die vollständige Kartierung der deutschen Meeresgebiete in Nord- und Ostsee zu ermöglichen und unter Einbeziehung aller kompetenten Behörden und tauglichen Wasserfahrzeuge voranzutreiben und ein umfassendes Monitoring inklusive der Bewertung des Gefahrenpotenzials einzelner Räumgebiete und der Kampfmittel zu implementieren, um eine Priorisierung der Bergungsobjekte zu ermöglichen;

- die Zusammenarbeit zu den Munitionsaltlasten im Ostseeraum als Blaupause für die weitere internationale Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus zu erschließen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26339 abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 92. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26339 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/26339 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/26339 in seiner 115. Sitzung am 9. Juni 2021 abschließend ohne Debatte beraten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen AfD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/26339 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Astrid Damerow
Berichtersterterin

Frank Schwabe
Berichterstatter

Karsten Hilse
Berichterstatter

Olaf In der Beek
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Steffi Lemke
Berichtersterterin